

Unsere Heimat – Dialog für ein Brandenburg der Regionen

Statt Hauptstadtregion ein Dialog der Regionen

Nahezu täglich fällt die mediale Welt mit politischen Krisen- und Skandalbotschaften über uns her. Vom derzeitigen Dauerbrenner der Krise der brandenburgischen CDU, ihren Machtkämpfen und dubiosen Geschäften, über die Zerfallserscheinungen der Regierungskoalition von SPD und CDU, bis hin zum nicht versiegenden Streit um den Bau des neuen brandenburgischen Landtages (Potsdamer Stadtschloss) erstreckt sich hier die Palette. Dabei gibt es sehr wohl Wichtigeres zu tun in einem Land wie Brandenburg, das geprägt ist von einem radikalen Wandel der Lebensverhältnisse seiner Bürgerinnen und Bürger.

Auf die damit einhergehenden Herausforderungen will unsere Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag mit einem eigenen Leitbild zukunftsfähige und sozial gerechte Antworten geben und die Anforderungen an eine verantwortungsvolle Politik formulieren. Ein eigenes Leitbild deshalb, weil das von der Landesregierung vorgestellte Leitbild ein neoliberales Gesellschaftsbild darstellt, das mit schönen Worten und technokratischen Floskeln einen Idealzustand beschreibt, den es nicht gibt, das die Stärken und Schwächen Brandenburgs, die Erfolge und Fehlleistungen der Landesentwicklung nicht hinreichend benennt und keine Vision für die Menschen dieses Landes hat.

Unser Leitbild ist nicht das einer Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, sondern wir setzen bewusst auf einen Dialog für ein Brandenburg der Regionen. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen, demokratische Teilhabe an einem zukunftsfähigen Gemeinwesen durch unsere Bürgerinnen und Bürger, Interessengruppen, Verbände und Parteien. Wir wollen Arbeit für ein Leben in Würde, eine ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft, die aktive Gestaltung der demografischen Entwicklung und eine neue Haushaltspolitik durch

einen soliden finanzpolitischen Neuansatz. Letztlich geht es um eine verantwortliche Politik, die sich in die gesellschaftlichen Verhältnisse einmischt und einen leistungsfähigen Staat entwickelt, der soziale Gerechtigkeit durchsetzen kann, der



Heinz Vietze (MdL Brandenburg) über das Leitbild der Linkspartei für Brandenburg

Freiheit für alle erlebbar macht und die demokratische Teilhabe aller stärkt. Im Unterschied zur Landesregierung endet unser Leitbild nicht an der Oder, sondern wir setzen auf eine gleichberechtigte Oderpartnerschaft (Oderregion) mit den angrenzenden polnischen Regionen und das Zusammenwachsen zu einer Wirtschaftsregion mit hoher Wertschöpfung und grenzüberschreitender Arbeitsteilung.

Brandenburg an der Havel hat als eine der Regionalen Wachstumskerne und Branchenschwerpunkte eine herausgehobene landespolitische und regionale Bedeutung. Als Oberzentrum für mehr als 160.000 Menschen der Stadt und der Landkreise Potsdam-Mittelmark und Havelland wird sie wie viele andere Städte angesichts der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Ausdünnung mit ihrer Infrastruktur zunehmend zum zentralen Ort für die Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse. „Städte stärken“, eines unserer 10 strategischen Handlungsfelder, ist daher ein sinnvoller Weg, unsere Städte lebenswert zu erhalten.

Mit der Entscheidung über die Erstellung eines

Masterplanes für Brandenburg an der Havel, einer „Stadt im Fluss“, wurden wichtige zukunftsweisende Weichen gestellt. Eine besonders geschichtsträchtige Stadt, die dem Land Brandenburg den Namen gab und die „Wiege der Mark“ ist, die über eine hohe Lebensqualität und ein unverwechselbares und tragfähiges wirtschaftliches, soziales, bildungspolitisches, kulturelles, sportliches und touristisches Profil verfügt, tut unserem Land gut. Deshalb werden wir uns auch dafür einsetzen, dass sich der Landtag und die Landesregierung aktiv an der Vorbereitung und Gestaltung der 850-Jahrfeier Brandenburgs im kommenden Jahr beteiligen. Unser Leitbild macht keinen Bogen um die Bundeshauptstadt, sondern schließt Berlin mit ein. Natürlich aus Brandenburger Sicht. Denn vieles spricht dafür, dass beide Länder auch die Herausforderungen der Zukunft am besten gemeinsam bewältigen können.

Landesparteitag in Cottbus

Start der Kampagne zum Leitbild für Brandenburg

Zwei Schwerpunkte standen in Cottbus im Mittelpunkt. Zum Einen wurde ein Entwurf für ein Leitbild vorgestellt. Zum Zweiten ging es um den gegenwärtigen Stand im Parteineubildungsprozess. Beide Themen wurden von den Delegierten umfassend diskutiert und die gestellten Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Warum ein Leitbild für das Land Brandenburg? Angesichts leerer Kassen, solcher Parolen wie den Gürtel enger zu schnallen, Wettbewerbsfähigkeit, Abbau von Kultur und Bildung und Hartz IV scheint es fast unsinnig, sich Gedanken über die Zukunft des Landes zu machen. Das Leitbild „Unsere Heimat“ soll den Bürgern eine Antwort auf den Wandel unserer Lebensverhältnisse geben und neue Wege weisen, um gleichwertige Lebensbedingungen danach für alle zu sichern.

Voraussetzung für die Erarbeitung des Leitbildes war eine realistische Analyse des Zustandes unseres Landes. Brandenburger Erfolge und Fehlleistungen/Brandenburgs Stärken und Schwächen. Die Landtagsfraktion will den Menschen Mut machen, sich wieder in die Politik einzubringen.

Interessant und neu im Parteitagsalltag war für mich die Art und Weise der Vorstellung des Entwurfes. Fünf Leitmotive seien hier genannt:

Der Diskussionsentwurf unseres Leitbildes richtet sich an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und an die Landespolitik. Mit ihnen suchen wir einen breiten öffentlichen Diskurs über unsere Ideen, die wir als Grundlage für eine verantwortungsvolle Politik in unserem Land ansehen. Und ich freue mich sehr auf einen lebendigen Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Brandenburg an der Havel, mit ihren parlamentarischen Vertretern und ihrer Oberbürgermeisterin, mit Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und kirchlichen Einrichtungen.

Heinz Vietze, Mitglied des Landtages



Leitbild der Linkspartei auch Thema beim Landesparteitag

1. Gleichwertige Lebensbedingungen für alle
2. Demokratische Teilhabe-Schlüssel für die Zukunft
3. Arbeit für ein Leben in Würde
4. Ökologische Herausforderung als Chance
5. Demographischer Wandel und stabile Haushalte

In jedem Punkt gab es Impulsreferate von jeweils zwei GenossInnen zu ihren Fachgebieten. Anschließend konnten die Delegierten und Gäste Fragen an die Referenten stellen. Erfrischend war der Diskussionsbeitrag der „noch“ Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Angelika Gramkow. Sie sagte, sie sei nur eingeladen worden, um dem Parteitag Dinge über Einsparungen zu sagen, die wir uns selber nicht sagen möchten.

Das Leitbild soll kein Parteiprogramm und kein Wahlprogramm sein, sondern dient der Gestaltung einer regionalen Vielfalt. Dazu ist mit allen interessierten Brandenburger/-innen der Dialog zu führen. Der Abschluss der Kampagne ist für den ersten regulären Parteitag der neuen Linken Brandenburg im November 2007 geplant. C. Neutzler

Abschied eines der langjährigsten Mitglieder

SVV verliert eine Kämpferin für die Jugend

Unsere Genossin Petra Faderl verabschiedete sich am 25.10.2006 mit einer sehr guten und sachlichen Rede aus der SVV.

Aus gesundheitlichen Gründen hat sie ihr Mandat zurückgeben müssen. So, wie wir es von ihr gewohnt sind, sprach sie wichtige Themen der Stadtpolitik klar und deutlich an, z. B. die Erarbeitung und Umsetzung des Masterplanes und die weitere Entwicklung der Förderschule am Marienberg. Sie forderte eine bessere Kultur des Umgangs unter den SVV-Mitgliedern und rief diese dazu auf, ihr Mandat gegenüber der Bevölkerung wirklich ernst zu nehmen.

Petra kann auf viele Jahre aktiver Arbeit in der Kommunalpolitik verweisen. Von 1990 - 1993 gehörte sie der 1. SVV nach der politischen Wende an. Sie war damals Stellvertreterin des Stadtverordnetenvorstehers und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Schon damals setzte sie sich aktiv für die Interessen der Brandenburgerinnen und Brandenburger ein.

Danach nahm sie ihr Mandat als Abgeordnete der PDS im Brandenburger Landtag war, setzte sich aber selbstverständlich auch während dieser Zeit mit dem ihr gewohnten Engagement für die Kommunalpolitik und Belange der Stadt ein. Nach dem sie 1998 mit großem Stimmenanteil

erneut Mitglied der SVV wurde, war sie von 2003 – 2005 stellvertretende Fraktionsvorsitzende.



Petra Faderl nahm ihren Abschied als Mitglied der SVV

In ihrer Funktion als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses hat sie dessen Arbeit über Jahre geprägt und sich dadurch viel Anerkennung erarbeitet. Neben ihrer umfangreichen Tätigkeit als Stadtverordnete war und ist sie auch heute noch Mitglied des Präsidiums des Landessport-

bundes und Mitglied des Bundesausschusses Frauen im Sport des Deutschen Sportbundes – hier ist sie die einzige ostdeutsche Frau.

Nicht zu vergessen ist, dass die Genossin Petra Faderl zu den Mitbegründern der PDS in unser Havelstadt gehört. Über viele Jahre hat sie das Bild der PDS geprägt. Seit langem ist Petra Mitglied des Stadtvorstandes und war etwa ein Jahr auch Vorsitzende des Stadtverbandes. Petra ist für die PDS dreimal als OB-Kandidatin angetreten und hat dabei achtbare Ergebnisse erzielt. Sie engagiert sich trotz ihrer Krankheit in ihrer gesamten Tätigkeit, wo immer es ihr möglich ist, für Menschen, die sozial benachteiligt sind. Über viele Jahre hat sie das Bild in der Kommunalpolitik unserer Havelstadt geprägt. Für ihr Engagement und ihr konsequentes und fachlich fundiertes Auftreten hat sie sich Anerkennung und ein hohes Maß an Ansehen erworben. Dies wurde besonders deutlich, als sich Verbände und Vereine bei ihr im Rahmen der Oktober-SVV persönlich bedankten.

Kerstin Huch



Selber entscheiden und selber mitmachen!

Als Mitglied der Linkspartei.

Denn nur eine starke Partei kann sich stark machen!!!

Im Internet unter www.sozialisten.de

oder in der Geschäftsstelle

am Altstadt Markt 2,

14776 Brandenburg,

telefonisch 03381/22 47 33

Schlagzeilenträchtiges nachdenklich betrachtet

Von der Amtskette über Herrn Ackermann bis zu Hartz IV

Na, so ein Pech! Da hat doch das Spendengeld bei der ersten Abrechnung nicht für die Luxusausführung der Amtskette gereicht!

Doch wie wir schon in der vergangenen Ausgabe der „Havelbrandung“ schrieben, die CDU hat Freunde und Sympathisanten mit bestem Einkommen, da wird sich das bald ändern. Eine weitere Luxusausführung für die CDU ist unsere neue Stadtspitze. Nun ist Herr Scheller (CDU), der Wunschkandidat unserer OB, zwar knapp, aber eben doch von den Stadtverordneten als Bürgermeister gewählt worden. Jetzt sind sie ganz unter sich, die CDU-Mitglieder, denn der Amtsbereich von unserer Beigeordneten Birgit Hübner wird wohl kleiner. Sie wird gewissermaßen mehr und mehr ausgetobt, auf ihre Meinung will man offenbar in dieser Runde fast verzichten.

Halt stopp, sagt man nicht immer, dass ein 1-Parteien-System keine echte Demokratie ist? Aber Brandenburg mit seiner ständig sinkenden Bevölkerungszahl ist eben kein Schulbeispiel für unsere Bundesrepublik. An deren Demokratie hat Herr Ackermann mit seinem Millioneneinkommen genauso Anteil wie die Hartz IV-Empfänger, die 1-Euro-Jobber und alle Geringverdiener. Allerdings sind die Möglichkeiten, die Demokratie auszuleben, dadurch sehr unterschiedlich.

Gar nicht luxuriös ist dagegen die Situation bei den Verhandlungen über das neue Einkaufszentrum. Offensichtlich gibt es drei Möglichkeiten: 1. Keiner weiß so richtig, was da werden soll. 2. Es wird nur hinter verschlossenen Türen unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt oder 3. es bahnt sich nach der Loch-Affäre bei uns die nächste unendliche Geschichte an, deren Ausgang in den Sternen steht. Schlagzeilen machte auch die neue Haube, die die Klosterkirche St. Pauli bekam. Wenn dort alles fertig ist, dann wird das ganze Areal sicher ein Besuchermagnet. Allerdings wäre eine Renovierung viel billiger geworden, doch in dieser Gegend unserer Stadt wurde so vieles beim Untergang des Naziregimes in Schutt und Asche gelegt, das wollen wir nicht vergessen. Deshalb auch große

Anerkennung all jenen, die am 18. November mit nach Halbe fahren um dort gegen die Aufmärsche der Nazis zu demonstrieren. Unverständlich für alle PDS- und WASG-Mitglieder ist es, wie man sich Massenmörder zum Vorbild nehmen kann!

Übrigens - unsere Stadtspitze muss manchmal eine Entscheidung auch zurücknehmen. Der Ausstieg aus dem Telekom-Wettbewerb wurde wieder rückgängig gemacht. Nun haben wir doch noch die Chance, T-City zu werden, auch wenn Herr Tiemann, der Chef des Medienunternehmens RFT, dabei Konkurrenz bekommen sollte. Natürlich wusste unsere OB nichts davon, Herr Scheller, unser neuer Bürgermeister, hat für die Fehlentscheidung die alleinige Verantwortung übernommen!

Bundesweit interessant ist die Tatsache, dass die Unternehmenssteuer gesenkt wird, und dass, obwohl allen normalen Bürgern ab 1. Januar noch kräftiger in die Tasche gegriffen wird. Die Unternehmen sollen mehr Möglichkeiten bekommen, sich zu entfalten und für 's Wirtschaftswachstum sorgen. Meistens werden durch solche Maßnahmen aber die Gehälter in den Chefetagen wachsen, während Entlassungen an der Tagesordnung sind. Deutschland bleibt bisher unter 21 Industrienationen das Schlusslicht, sowohl bei Beschäftigung, als auch beim Wirtschaftswachstum. Übrigens Großbritannien hat da einen viel besseren Stand.

Dort gibt es auch Mindestlöhne, von denen man leben kann. Auch da sind die Briten also besser als wir. Auch den Jubel über „nur noch“ 4,085 Millionen Arbeitslose in Deutschland können wir nicht teilen. Wer weiß schon, wie die Bilanz für November und Dezember aussehen wird. In unserer Stadt und den umliegenden Gemeinden wurden für Oktober 9.917 Arbeitslose registriert, erstmals in diesem Jahr weniger als 10.000. Aber was wird, wenn Teile der Baubranche witterungsbedingt nun Pause machen müssen? Werden wir im nächsten Jahr wieder so viele 1-Euro-Jobber beschäftigen können wie in diesem Jahr? Viele Fragen bleiben da offen und zum Jubeln gibt es weiterhin keinen Grund.

Edith Altenkirch

Das Thema Fahrstuhl muss auf der Tagesordnung bleiben

Zehnjähriges Bestehen des Hauses der Begegnung

Am 5. Oktober wurde in einer Feierstunde das zehnjährige Bestehen des Hauses der Begegnung in der Jacobstraße 12 begangen. Gäste waren neben den Nutzern des Hauses die Oberbürgermeisterin Dietlind Tiemann und die Kuratoriumsvorsitzende Margrit Spielmann sowie weitere Gäste des Regionalverbandes Mittelmark der Volkssolidarität, der Flakowski-Stiftung, der Stadtverwaltung und der SVV.

In Grußworten betonten Frau Tiemann und Frau Spielmann die große Bedeutung des Hauses für den Zusammenhalt und den Erfahrungsaustausch der Generationen und lobten die gute Zusammenarbeit der Vertreter der Stiftung mit den Nutzern des Hauses. Der Kreisverband der Volkssolidarität, der Seniorenbeirat unserer Havelstadt und andere Nutzer bieten zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Vorträge zu den verschiedensten Themen an. Diese werden gern von den Gästen des Hauses besucht.

Auch Rollstuhlfahrer und Menschen mit Gehbe-

hinderung, egal ob jung oder alt, würden sehr gern das Haus mit seinen vielen interessanten Angeboten nutzen. Hier spreche ich auch als Vorsitzende einer Ortsgruppe der Volkssolidarität, denn auch vielen Mitgliedern der Volkssolidarität fällt es schwer oder ist gar unmöglich, die oberen Etagen des Hauses zu erreichen. Leider ist es auch nach zehn Jahren des Bestehens des Hauses, trotz intensiver Gespräche zwischen Vertretern der Stiftung und den Nutzern des Hauses, nicht gelungen, den Einbau eines Liftes zu ermöglichen.

Laut Aussagen von Vertretern der Stiftung scheitert ein Einbau an den zu hohen Kosten für die Betreibung des Fahrstuhles. Gemeinsam mit der Volkssolidarität und dem Seniorenbeirat in der Stadt wird sich der Behindertenbeirat dafür einsetzen, dass das Thema „Fahrstuhl“ auf der Tagesordnung bleibt und ein Einbau eines solchen in nicht allzu ferner Zukunft möglich wird. Ein herzliches Dankeschön allen Mitwirkenden und den fleißigen Organisatoren und Helfern.

K. Huch

Ein erfolgreicher und streitbarer Geist

Armin Schubert geht in Ruhestand

Auf seiner Sitzung am 15. November würdigten alle Stadtvorstandsmitglieder das Engagement des Leiters der Kinder- und Jugend-Kunst-Galerie „Sonnensegel“.

Armin Schubert geht in den wohlverdienten Ruhestand.

Die Galerie „Sonnensegel“ ist aus dem kulturellen Leben der Stadt Brandenburg nicht weg zu denken. Dies ist vor allem dem Engagement Herrn Schuberts und seiner MitarbeiterInnen zu verdanken. Der Ansatz, kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen zu realisieren und dabei Behinderte und sozial Schwache zu integrieren, fand immer unsere Unterstützung.

Dabei hat sich die Galerie „Sonnensegel“ durch ihre Arbeit nationales und internationales Renommee erarbeitet.

Im Kampf um die Mittel für das Fortbestehen der Einrichtung und damit der Angebote hat Armin Schubert sich oft mit streitbaren Beiträgen zu Wort gemeldet und dabei keine Rücksicht auf politische Lager genommen.

Er scheut nicht die Konfrontation, wenn es der Einrichtung und damit vor allem auch den Kindern und Jugendlichen nützt. Solch eine Haltung ist heute leider viel zu selten anzutreffen. Dabei ist es notwendig denn je!

Die Linkspartei der Stadt Brandenburg spricht Herrn Armin Schubert ihren großen Respekt und Dank aus und wünscht ihm für seinen weiteren persönlichen Lebensweg alles Gute. Von seinem Nachfolger wünschen wir uns einen ebenso engagierten Einsatz für die Kinder- und Jugend-Kunst-Galerie „Sonnensegel“.

Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Brandenburg

Eckpunktepapier beredet und beschlossen

Am 14. Oktober um 9.00 Uhr trafen sich Genossinnen, Genossen und Freunde der WASG im TGZ zur Gesamtmitgliederversammlung. Das Arbeitspräsidium, aus René Kretzschmar, Silvia Hauffe und Werner Müller bestehend, hatte ein großes Arbeitsprogramm zu bewältigen. Nachdem die Kommissionen gewählt waren, haben Silvia Hauffe, Alfredo Förster und Birgit Hübner das Eckpunktepapier des Vorstandes und der Fraktion erläutert.

Silvia sagte, wir können nicht alle Probleme der Welt lösen, deshalb haben wir uns auf 9 Eckpunkte konzentriert: die Stadtentwicklung den Stadtbau, den ÖPNV und Individualverkehr, die Wirtschaft, den Tourismus, die Bildung, die Jugendarbeit, die Kultur, die Sozialpolitik und den Parteiebildungsprozess. Danach erklärte sie einige Vorhaben.

Genosse Förster erläuterte die neun Schwerpunkte aus Fraktionsicht. Die von Silvia Hauffe vorgeschlagene Ehrenamtskarte wird in den Masterplan aufgenommen aber als Kind der CDU dargestellt. Förster fordert die Unterstützung unserer ausländischen Bürger und machte den Anwesenden klar, wie Flächen für Parkanlagen und Spielplätze genutzt

werden können, die durch Stadtrückbau und Stadtaufwertung entstehen. Die Fraktion kümmert sich auch um den Sport in unserer Stadt. Er forderte die

Genossinnen und Genossen auf, Birgit Hübner in ihrem schweren Amt und in der jetzigen Situation zu stärken und zu unterstützen.

Birgit Hübner erläuterte das Stadtbaukonzept.



Die Antragskommission hatte viel zu tun

Hohenstücken ist sozialer Brennpunkt und muss deshalb besonders von uns unterstützt werden. In der Diskussion wurden viele Vorschläge und Ergänzungen aus der Basis erbracht, sodass die Redaktions- und Antragskommission alle Hände voll zu tun bekam.

Höhepunkte waren die Reden von Heinz Vietze über den Parteiebildungsprozess und das Auftreten von Hartmut Kühne, Vorsitzender der WASG, zum gleichen Thema. Es wird ein schwieriger Prozess, aber in Brandenburg geht die Arbeit von Linkspartei.PDS und WASG Hand in Hand. Das Eckpunktepapier und die Kooperationsvereinbarung wurden von der Gesamtmitgliederversammlung angenommen. Für den 10. Landesparteitag als Delegierte wurden vier Genossen gewählt. Und zwar Sabine Matlik, Silvia Hauffe, René Kretzschmar und Mathias Osterburg.

Unsere Petra Faderl bedankte sich bei den Genossen der BO Görden 1 für die Fürsorge, die sie erhielt und informierte die Genossen und Genossinnen über ihren Gesundheitszustand, der sie zwingt, alle Funktionen in der Stadt nieder zu legen. R. M.



Ungefähr 80 der 215 Mitglieder der Linkspartei kamen zur Gesamtmitgliederversammlung

werden können, die durch Stadtrückbau und Stadtaufwertung entstehen. Die Fraktion kümmert sich auch um den Sport in unserer Stadt. Er forderte die

Für eine linke Partei in Brandenburg unter dem Motto „vereint, stark und links“

Antrag zum Parteineubildungsprozess in Brandenburg

Dazu gibt es eigentlich nicht viel zu sagen.

Uns allen ist klar – wir kommen in diesem Land nur dann zu einer anderen, linken Politik, wenn wir es schaffen, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse grundlegend zu verändern. In der vorherrschenden Politik, auf kommunaler Ebene, im Land und im Bund vollziehen sich derzeit eigenartige Dinge, wie zum Beispiel:

- Schärfste Angriffe und Abbau von sozialen Errungenschaften
- Heraufsetzung des Rentenalters
- Mehrwertsteuererhöhung
- Verschärfung von Hartz IV
- Massenentlassungen
- Lohndumping usw.

Gegen all diese Dinge brauchen wir eine starke Partei der Linken.

Gemeinsam haben WASG und Linkspartei in Brandenburg unter Einbeziehung von sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen Initiativen erfolgreich den Bundestagswahlkampf bestritten.

Nun ist es an der Zeit, Rahmenbedingungen für unser gemeinsames Wirken zu schaffen.

Nachfolgend aufgeführter Ablauf- und Terminplan im Parteineubildungsprozess wurde auf der 3. Tagung des 9. Landesparteitages bestätigt.

1. Bildung einer gemeinsamen Satzungskommission und Erarbeitung eines Entwurfes für eine Landessatzung auf der Grundlage der Dokumente, die von der bundesweiten Steuerungsgruppe Ende Oktober vorgelegt wurden. Termin: November 2006

2. Diskussion der Gründungsdokumente an der Basis; Regionalkonferenzen 01. - 30. November 2006

3. Bundesparteitag der WASG, Termin: 18./19. 11.2006

4. Außerordentliche Tagung des 10. Landesparteitages der Linkspartei.PDS, Termin: 26.November 2006

5. Veröffentlichung der Entwürfe für Schiedsordnung und Rahmenwahlordnung der neuen Partei Termin: Ende November

6. Gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Bundesvorstandes der WASG in Berlin zum Beschluss und zur Veröffentlichung der Leittrüme zu den Gründungsdokumenten an die

parallel tagenden Bundesparteitage im März 2007, Termin: 10. Dezember 2006

7. Parallel stattfindende Bundesparteitage zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente in Dortmund Termin: 24./25. März 2007

8. Urabstimmung in beiden Parteien Termin: 30. März – 18. Mai 2007

9. Parallel tagende Bundesparteitage von Linkspartei. PDS und WASG, Termin: 15. Juni 2007

10. Gemeinsamer Gründungsparteitag der neuen Linken Termin: 16. Juni 2007 in Berlin. C. N.

Erster Blick auf das 5. Kinder- und Familienfest 2007

Ein wunderschöner Nachmittag im Nachbarschaftstreff auf dem Görden

Die Linkspartei.PDS und die WASG auf dem Görden bedankten sich mit einem Essen, Blumen und Urkunden bei den verantwortlichen Helfern des diesjährigen Kinder- und Familienfestes auf dem Gelände des Waldcafes.

Nach herzlichen Worten des Dankes gaben Rosi Musehold und Hartmut Kühne einen Einblick, wie das 5. Kinder- und Familienfest anlässlich des Internationalen Kindertages 2007 ablaufen wird. Es soll das schönste Fest werden. Unsere Bundestagsabgeordnete Diana Golze wird weiterhin Schirmherrin sein und viele Männer und Frauen aus Linkspartei, WASG und Volkssolidaritätsgruppen machen wieder mit.

Hartmut Kühne überreichte dem neuen Festkomitee eine „Püppi“ als Maskottchen. Jeden zweiten Monat wird sich das Festkomitee zur Vorbereitung auf das 5. Kinder- u. Familienfest treffen. Alle ehrenamtlichen Helfer danken den Freunden der WASG für die Vorbereitung der Dankeschönveranstaltung, die am 06. Oktober im Nachbarschaftstreff der Volkssolidarität auf dem Görden einen wunderschönen Nachmittag hatten. R. Musehold

Termine

Sitzung der Fraktion am 27.11.06 in der Geschäftsstelle 18.00 Uhr

BO-Vorsitzenden-Beratung am 21.11.06 um 17.00 Uhr in der Geschäftsstelle
Thema: Diskussion der Gründungsdokumente der neuen Linken

Eröffnung des Regionalbüros Brandenburg/Havelland der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Büro des Landtagsabgeordneten Heinz Vietze am 07.12.06 um 11.00 Uhr

Sprechstunde des Fraktionsassistenten immer Dienstag 10 bis 14 Uhr und Donnerstag 15 bis 18 Uhr im Fraktionsbüro am Altstadt Markt 2 in Brandenburg an der Havel

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 23.11.06 um 18.00 Uhr
Ort: Havelzimmer im Fontane-Klub
Thema: Demographischer Wandel und gesellschaftliche Wirkungen und Alternativen Referent: Dr. Thomas Falkner

Öffentliche Beratung des Stadtvorstandes der Linkspartei.PDS am 06.12.06
Ab 18 Uhr im Martha-Piter-Heim, Tschirchdamm 20, Thema: „Wie und wohin kann sich Hohenstücken entwickeln?“

Wir Gratulieren

02.11. Paul Köhler

03.11. Herbert Müller

04.11. Anita Leddin

04.11. Alicia Garate

14.11. Friedrich Koppe

16.11. Margitta Heidemann

18.11. Heinz Skudrin

19.11. Petra Zimmermann

23.11. Christel Ponz

26.11. Herbert Winterstein

Öffnungszeiten

Montag 9-17 Uhr

Dienstag 9-17 Uhr

Mittwoch 9-13 Uhr

Donnerstag 9-17 Uhr

Linke.PDS-Geschäftsstelle

Altstadt Markt 2

14776 Brandenburg

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: www.linksparitei-pds-stadt-brb.de

E-Mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,

14776 Brandenburg

email: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung

und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion

übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht

zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder

übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss 01. Dezember 2006